

Prof. Dr. Gábor Erdödy:

Mitteleuropas politische Kultur nach der Friedlichen Revolution

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kollegen und Freunde! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, meinen Vortrag mit einem Zitat von István Bibó einzuleiten, der einer der wichtigsten ungarischen Politologen des 20. Jahrhunderts und auch Mitglied der revolutionären Regierung von Imre Nagy 1956 war: „Der Westen besitzt eine höchstentwickelte Technik der Freiheit, eine Demokratie des Parlamentarismus, die auf dem Freiheitsverstand basiert. Sie bedient sich außerdem einer wirtschaftlichen Konzeption, die wir Kapitalismus nennen, deren grundlegende Komponenten in der Methodik eines freien Unternehmertums im Einverständnis mit der Gewinnsucht als regulierender Kraft und in einem individualistischen Privatrecht bestehen. Es ist jedoch in seiner heutigen, mehrfach geflickten Form nicht in der Lage, eine moralische Leere auszufüllen, die bei vielen Menschen herrscht, wenn auch die Kräfte einer freien Gesellschaft und einer friedlichen gesellschaftlichen Form im Westen so stark sind, dass sie wohl äußerst langsam und nur Schritt für Schritt die Wiedergeburt von Mammutvermögen zurückdrängen.

Dem gegenüber“ – setzt Bibó fort – „wirkte und wirkt bei den einst halbkolonialen Völkern oder in Mittel- und Osteuropa die Einführung der Technik des Rechtsstaates und des freien Unternehmertums so, dass diese Völker durch die Sprengung ihres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmens zu willenlosen Opfern der alten und korrupten Prozesse der Bildung von Mammutvermögen werden. Dies bedeutet praktisch, dass die Institutionen des freien Unternehmertums des Rechtsstaates in der parlamentarischen Demokratie sehr leicht zu Marionetten von Geldmagnaten und korrupten Politikern werden können. Dann werden die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher und es besteht keine Aussicht, dass sich diese Entwicklung in ihr Gegenteil verkehrt.“

In dieser 1957 veröffentlichten Analyse von Bibó werden die Gefahren sehr genau beschrieben, die durch die politische Wende den Weg zur parlamentarischen Demokratie und zu freier Marktwirtschaft betreten. Diese Gefahren bestanden vor allem darin, dass unsere Länder infolge ihrer verspäteten Entwicklung unter einen

zweifachen Druck gerieten. Neben der Herausforderung, die der Kampf für die Liquidation des kommunistischen Erbes bedeutete, waren sie gleichzeitig auch jenen immanenten und aktuellen Bedrohungen ausgesetzt, die sich aus der Natur des westlichen Kapitalismus ergeben, denn im Gegensatz zum Westen verfügten diese Länder nicht über die soziale Immunität und die Mechanismen einer Gegenwehr, die sich dort im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet hatten.

Wie bekannt, war im Hintergrund des politischen Umschwungs 1989/1990 einerseits ein aus historischer Sicht nahezu einzigartig günstiges internationales Milieu entstanden. Andererseits bestand das gewaltige historische Verdienst von Michail Gorbatschow darin, dass er zur Zeit des Zusammenbruchs der Sowjetunion den friedlichen Übergang ermöglicht hat. Gorbatschows Politik eröffnete jedoch nur eine historische Chance, und es bedurfte zu jener Zeit Menschen, die diese Möglichkeit nutzen konnten. Dazu brauchte man auch die Zusammenarbeit mit den Großmächten und die Unterstützung ihrer führenden Politiker und man brauchte natürlich auch eine fähige, für die demokratischen Werte fest engagierte mitteleuropäische politische Elite.

Das grundlegende Problem des Neubeginns stellte aber die Tatsache dar, dass die Welt nicht auf den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Auflösung des Sowjetsystems vorbereitet war. Der Westen verfügte zwar über Szenarien für die Beseitigung von Konfrontationsgefahren für einen eventuellen Krieg. Es fehlte jedoch eine Strategie zur Handhabung einer Situation, die aus dem friedlichen Übergang entstanden war. Dieser Übergang war gleichzeitig auch ein beispielloses historisches Experiment, denn keiner der Teilnehmer hatte irgendein bewährtes Modell, dem man hätte folgen können.

Die mitteleuropäischen Eliten der Wende mussten so die Lösungen unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen nationalen Spezifika selbst erarbeiten. Die mitteleuropäische Strategie des politischen Systemwechsels wurzelte in den Grundtendenzen, die durch die spezifischen Züge und individuellen Wege der einzelnen Nationen gekennzeichnet waren, und in den Bestrebungen, die sich aus der Koinzidenz der gemeinsamen Interessen addierten. Den bestimmenden außenpolitischen Orientierungswunsch stellte die Bejahung des euroatlantischen

Engagements dar, das den mit den Problemen der politischen Wende ringenden Ländern gleichzeitig eine reale Vision und ein langfristiges Ziel verlieh.

Die Europäische Union erfüllte in diesem Kontext die Funktion eines Modernisierungszentrums, das den Beteiligten eine günstige Aufstiegschance bot. Die mitteleuropäische Region, die sich seit dem Zeitalter der Karolinger als eine selbstständige Entität abzeichnete und spezifische Entwicklungstendenzen aufwies, unternahm seit der Periode der Renaissance und später vor allem seit der Epoche der Aufklärung und des Liberalismus enorme Energien, mobilisierende und zum Teil erfolgreiche Versuche, um jene Rückstände aufzuholen, die sich daraus ergaben, dass ihre Entwicklung im Vergleich zum westlichen Zentrum mit Verspätung stattfand. In diese Reihe gehört der Prozess der politischen Wende von 1989/1990.

Der Umstand, dass die Länder der Region jahrhundertlang demselben historischen Paradigma wie Westeuropa angehörten, erzeugte jedoch keine tatsächliche Interessengemeinschaft. Im Prozess der Vorbereitung auf den EU-Beitritt fand im Rahmen der Visegrader Zusammenarbeit der Versuch zu einer regionalen Kooperation mit dem Ziel einer bestimmten Interessenharmonisierung statt. Dieser Versuch war in vieler Hinsicht vielversprechend, jedoch gewannen die individuellen Prioritäten der Staaten oft eher die Oberhand über die Solidarität. Die konsequente Durchsetzung der Wende, die Transformation, wurde trotz des anfänglichen eindeutig günstigeren internationalen Klimas von vielen Widersprüchen behindert und überformt. Die Mehrheit der unter paternalistischen Methoden sozialisierten Menschen konnte nämlich bis zum heutigen Tag kein Denken und Verhalten entwickeln, das sie befähigen würde, die Lösung ihrer Probleme nicht in erster Linie durch die Fürsorge des Staates zu erwarten, sondern einzusehen, dass dazu vor allem ihre eigene Risikobereitschaft und Verantwortung erforderlich ist. Die ererbten Reflexe sind mit unbegründeten Erwartungen verbunden gewesen.

Zwar versuchten manche Politiker, die sich ihrer Verantwortung bewusst waren, den Bürgern zu erklären, dass die Einführung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie in absehbarer Zeit noch keinen österreichischen oder westdeutschen Lebensstandard mit sich bringen wird. Die Sachlichkeit der Argumente wurde durch die soziale Demagogie radikal unterlaufen. Die Falle der Wohlstandsillusion konnte

nicht verhindert werden. Der Spielraum eines verantwortungsbewussten Politisierens wurde gerade in den ersten Jahren nach dem politischen Umbruch dramatisch eng. Die vom Sozialismus ererbte Wirtschaft musste auf eine neue Grundlage gestellt und wieder funktionstüchtig gestaltet werden. Gerade das wurde jedoch durch die vielen unabwendbaren Probleme erschwert, die der Strukturwechsel der Wirtschaft mit sich brachte. Die Völker des Systemwechsels von Mitteleuropa waren von der ersten Minute des Neubeginns an zu einem heroischen Kampf gezwungen, einen Kampf nicht nur gegen das Erbe, sondern zugleich auch gegen die daraus zwangsläufig folgenden ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen.

Nach dem Schwinden der unbegründeten Hoffnungen schlug die anfängliche Euphorie sehr schnell ins andere Extrem um. Skepsis, Perspektivenverlust und Zukunftsangst der enttäuschten Massen trugen zur Zuspitzung der Spannungen bei. Jene Haltung, die die Kompromittierung des politischen Gegners zum Ziel hatte, die die Verlierer der Wende bewusst manipulierte und provozierte, behinderte nicht nur eine effektive Krisenbehandlung, sondern sie untergrub zugleich in mancherlei Hinsicht auch die Glaubwürdigkeit und das Ansehen der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie. Die ohnehin schwach gewordene gesellschaftliche Kohäsion korrodierte noch weiter, als sich die Prophezeiung von István Bibó bewahrheitete. Die für die Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit der Wirtschaft unumgängliche Privatisierung, die vielen Korruptionfälle, die sich ereigneten, die Verbreitung der Korruption überhaupt, eine Mentalität, die die Privatinteressen über solidarisches Verhalten stellte, die Anhäufung früher unvorstellbarer Vermögen sowie die früher ebenfalls nicht vorstellbare massenhafte Armut, mit deren Schwere gar nicht umgegangen werden konnte, führten nicht nur zu gesellschaftlichen Konflikten, sondern verursachten zugleich auch eine schwere, tiefe moralische Krise.

Im Zeichen der Sündenbocksuche und des Sündenbockstellens nahmen das nicht selten bewusste Schüren von ethnischen Spannungen, das gegenseitige Auspielen von nationalen Minderheiten sowie der Antisemitismus ein ungesundes Ausmaß an. Während die Integration der Region erfolgreich vor sich ging, verursachte der politische Systemwechsel eine Desintegration in der Region, die die Auflösung mehrerer, früher künstlich kreierter Staatsformationen und das Zustandekommen neuer Nationalstaaten zur Folge hatte. Die nationalen Identitäten gingen leider mit

der Stärkung alter, ungesunder historischer Reflexe einher und die Nationalismen führten zu blutigen Zusammenstößen bis hin zum Genozid.

Der in den Jahren 1989/1990 begonnene Systemwechsel, dieses erneute große Experiment der Völker Mitteleuropas, erwies sich im Kontrast zu den ursprünglichen Hoffnungen als ein bei weitem langfristiges Unternehmen. Dieser Prozess, der sich unter dem doppelten Druck des Erbes der Vergangenheit und all jener Deformationen entfalten musste, die den Raum ohne Übergang trafen, und der sich zugleich den transformatorischen Herausforderungen stellen musste, die aus der Krise der Wohlstandsgesellschaft westlicher Prägung resultierten, ist mit zahlreichen Widersprüchen und inneren Krisen belastet. Die Länder, die an diesem Prozess teilnehmen, haben grundsätzlich dieselben Interessen. Die weit verzweigten Bahnen ihrer souveränen nationalen Identitäten werden durch die Jahrhunderte regionaler Zusammengehörigkeit und durch die sich auch aus der geografischen Determination ergebende unumgängliche Schicksalsgemeinschaft sowie durch die in ihren Grundtendenzen ähnliche gesellschaftliche, wirtschaftliche und sich aus den Wurzeln des Christentums nähernden kulturellen Entwicklung in ein gemeinsames geschichtliches Flussbett getrieben.

Die Art und Weise, wie sich die politische Kultur der mitteleuropäischen Staaten nach der Wende entwickelt hat, ist durch zahlreiche Widersprüche gekennzeichnet. Während wir jedoch die Probleme zu analysieren versuchen, dürfen wir nicht vergessen: Alle Nationen der mitteleuropäischen Region können ihre Gegenwart und Zukunft unter unabhängigen und demokratischen Bedingungen bestimmen. Das außenpolitische Programm der Wende ist restlos Realität geworden. Die Zugehörigkeit zu den Institutionen, die die westlichen Wertvorstellungen verkörpern, stellt einen wichtigen organischen Faktor ihrer inneren Stabilität dar. Als Folge der Integration haben unsere zeitlichen und räumlichen Dimensionen kontinentale Ausmaße angenommen. Das hat über den politischen und wirtschaftlichen Aspekt hinaus auch im Bereich der Kultur und der Wissenschaft außerordentliche Perspektiven eröffnet.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, trotz aller unserer Schwierigkeiten haben wir in den letzten 20 Jahren enorme historische Ergebnisse erreicht. Ich bin sicher, dass wir auch eine hoffnungsvolle Zukunft in Mitteleuropa und in Gesamteuropa haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.